

„NICHT WEGSCHAUEN, SONDERN GENAU HINSCHAUEN.“

Im Wahljahr 2009 befragt die ICT Politikerinnen und Politiker über ihre Haltung zur Tibetfrage. Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen, im Interview.

ICT: Frau Roth, Sie haben sich in der Vergangenheit verschiedentlich sehr deutlich zum Thema Tibet geäußert, woher rührt Ihr Interesse?

Das Thema Tibet ist engstens mit dem Schutz von Menschenrechten und Minderheitenrechten verknüpft, der mir sehr am Herzen liegt und für den ich mich seit vielen Jahren einsetze. Für uns Grüne ist Tibet seit vielen Jahren ein wichtiges Thema: die Grünen und vor allem die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly, Gert Bastian und Herbert Rusche machten die Bundesregierung 1986 zum ersten Mal auf das Thema Tibet aufmerksam.

ICT: Stichwort Autonomie der Tibeter: die Bundesregierung vertritt offiziell die Position, die kulturelle und religiöse Autonomie der Tibeter zu fördern. Welche Rolle kann und soll die deutsche Politik in der Tibet-Frage konkret übernehmen? Wo sehen Sie Defizite, auch in Bezug auf die deutsche Chinapolitik insgesamt?

Deutsche Politik muss sich dafür einsetzen, dass ein direkter Dialog zwischen dem Dalai Lama und seinen Vertreterinnen und Vertretern und der chinesischen Regierung stattfindet. Wir Grüne sehen in dem direkten Dialog die beste Möglichkeit, um die Fragen zur Zukunft Tibets und der Rechte der Tibeterinnen und Tibeter zu beantworten. Unter rot-grün haben wir 2000 den deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialog institutionalisiert. In diesem Forum, aber auch in anderen Zusammenkünften, müssen die mangelnden Rechte von Tibeterinnen und Tibetern von deutscher Seite klar und deutlich angesprochen werden.

Ein großes Defizit sehe ich in der Abwertung der Menschenrechte, sobald wirtschaftliche Interessen im Spiel sind. Die Bundesregierung darf nicht vor der Wirtschaftslobby einknicken, die um ihre Investitionen in China fürchtet, sobald ein china-kritisches Wort gesprochen wird. Menschenrechte sind kein Luxusgut, das in schwierigen Zeiten – oder in politisch brisanten Situationen – einfach ausgespart werden kann. Deshalb müssen Menschen- und Minderheitenrechte bei Besuchen in China klar und ohne Umschweife angesprochen werden.

ICT: Die Rangfolge Wirtschaftsinteressen vor Menschenrechte hat in der Chinapolitik Tradition – auch Gerhard Schröder hat ganz dezidiert immer eine sehr industriefreundliche Politik vertreten, gerade auch gegenüber China. Und auch die Unternehmen selbst, siehe Volkswagen als einer der Hauptsponsoren der Olympischen Spiele, haben jede Verantwortung für einen politischen Wandel in China zurückgewiesen und sich z.B. jede Kritik an der Tibetpolitik Pekings verknüpfen. Was muss sich nach Ihrer Meinung ändern?

Weltweit agierende Unternehmen werden in der globalisierten Welt zu immer wichtigeren Akteuren und natürlich tragen sie eine enorme Verantwortung – für Menschenrechte, aber selbstverständlich auch für ökologische und soziale Standards an den Produktionsstandorten. Rechts- und Investitionssicherheit wird es nur in einem China geben, das Menschenrechtsstandards einhält. Im eigenen Interesse sollte die deutsche Wirtschaft deshalb nicht wegschauen, sondern im Gegenteil ganz genau

hinschauen und sich für soziale Rechte engagieren. Diese Linie haben wir Grüne auch unter rot-grün vertreten. Unser grüner Außenminister Fischer und auch ich haben einen anderen Kurs gefahren und die Tibetfrage sowie Menschen- und Minderheitenrechte in China konkret angesprochen, eben weil wir der Meinung waren, dass sich der Einsatz für Menschen-, Minderheitenrechte und soziale und ökologische Standards letztlich auch ökonomisch „rentiert“. Einige Unternehmen haben den Mehrwert sozialer, ökologischer und gerechter Produktionsbedingungen und fairer Unternehmenspolitik erkannt, da gibt es bereits gute Ansätze. Es gibt aber auch eine Menge schwarzer Schafe: VW hat sich unter anderem durch die Unterstützung des umstrittenen Fackellaufs durch Tibet diskreditiert.

ICT: Wie beurteilen Sie die Kontroverse um den offiziellen Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Merkel?

Der Empfang war ein wichtiges Zeichen an den Dalai Lama und die Tibeter. Ich bin aber der Meinung, dass Merkel mit dem offiziellen Empfang 2007 Schaufensterpolitik betrieben hat. Denn auf den offiziellen Empfang folgte das Wegducken der Bundesregierung: im Mai 2008 hatte plötzlich niemand mehr Zeit hatte für den Dalai Lama. Dieser peinliche und unwürdige Vorgang zeigte vor allem, dass die China-Politik der Bundesregierung nicht kohärent ist.

ICT: Als ehemalige Europaabgeordnete kennen Sie die Politik in Brüssel und Straßburg. Teilen Sie die Kritik, die europäischen Staaten hätten keine



Claudia Roth
Foto: www.gruene.de

klare Linie gegenüber China, insbesondere zu Tibet und lassen sich dadurch immer wieder von Peking gegeneinander ausspielen, weil jeder Mitgliedsstaat erstmal an sich denkt?

Das ist das alte Problem der EU in den außenpolitischen Fragen. Hoffentlich wird die EU die Schrebergartenmentalität ihrer Mitgliedsstaaten nach Inkrafttreten des Lisabonner Vertrags ablegen und entsprechend ihrem Gewicht eine angemessene Rolle in der internationalen Politik endlich ernst- und wahrnehmen. Auch im Bezug auf China.

ICT: Wo sehen Sie Chancen für einen Wandel in China, der sich auf dann auch positiv auf Tibet auswirken kann?

Die Olympischen Spiele galten als Hebel für einen weitreichenden Wandel in China. Doch die Versprechen der chinesischen Führung, dass mit der Austragung der Olympischen Spiele eine Demokratisierung und bessere Einhaltung humanitärer und menschenrechtlicher Standards einhergehen würde, wurden Lügen gestraft. Kleine Lockerungen in der Zensur wurden schnell wieder rückgängig gemacht, Repressionen verstärkt, ganze Stadtteile dem Erdboden

gleich gemacht. Im Olympia-Jahr 2008 verdreifachte sich die Zahl der Hinrichtungen in China.

Auf lange Sicht sehe ich eine Möglichkeit zum Wandel in einer gerechten Globalisierung, die auf Kooperation und Austausch setzt, Standards und Menschenrechte einhält und damit ein Tor zur Welt öffnet. Natürlich begleitet von einer internationalen Politik, die durch Dialoge und Druck klar macht, dass der wirtschaftliche Wandel mit der Garantie von Menschen- und Bürgerrechten einher gehen muss. Eine leise Hoffnung habe ich auch, dass das Internet trotz Überwachung und Zensur eine vorsichtige Öffnung bewirken kann.

Für mich ist ein Wandel in China mit der Hoffnung verbunden, dass die Menschen in China ihre Bürger- und Menschenrechte, aber auch Minderheitenrechte einfordern. Damit wäre nicht nur Tibet, sondern auch den Uiguren und anderen Minderheiten geholfen.

ICT: Das Internet ist vor dem Jahrestag des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens wieder massiv zensiert worden – müsste der Westen solche Defizite nicht viel deutlicher ansprechen, wenn sie ihm so wichtig sind - auch um der betroffenen chinesischen Aktivisten

willen? Letztlich handelt es sich um universell gültige Werte, denen China selbst sich verpflichtet hat.

Selbstverständlich ist eine solche Zensur nicht hinnehmbar. Wir haben dies zum Jahrestag des Tian'anmen-Massakers deutlich angemahnt. Durch die Internetzensur und die Beschränkungen der freien Presse zeigt die chinesische Führung vor allem, wie tief die Angst vor einer offenen und eigenständigen Zivilgesellschaft bei ihr immer noch sitzt.

ICT: Vielen Dank für das Gespräch.